



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Ausschusses  
für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde  
am 11.05.2011, 18:15 Uhr,  
in der Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,  
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 09.03.2011
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - Maßnahme- und Durchführungskonzept EFRE
  - Realisierung Frühstück an Schulen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Sachstandsbericht zum BBZ

11. Antrag des SV Motor Eberswalde e. V. auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Haushalt der Stadt zur kommunalen Förderung des Sports
12. Diskussion zum Entwurf "Sportstättenbestandsanalyse"
13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

13.1. **Vorlage:** BV/546/2011

**Einreicher/Zuständige Dienststelle:**

23 – Liegenschaftsamt

40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

### **Genehmigung eines Mietvertrages über eine Sportstätte (Sportplatz Finowtal)**

#### **TOP 1**

##### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Martin Hoeck, eröffnet die 20. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Ganz besonders begrüßt Herr Hoeck Herrn Wessollek, der als sachkundiger Einwohner und als Nachfolger für Herrn Prof. Creutziger im ABJS mitarbeiten wird.

#### **TOP 2**

##### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben. Zu Beginn der Sitzung sind **acht Stadtverordnete** anwesend (**siehe Anlage 1**).

Frau Dr. Braun wird durch Herrn Wrase vertreten und Herr Pieper durch Herrn Sachse.

Herr Landmann ist aus dringenden privaten Gründen verhindert.

#### **TOP 3**

##### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 09.03.2011**

Herr Hoeck teilt mit, dass ihm eine Einwendung zur Niederschrift mitgeteilt wurde. Er bittet unter dem TOP 11, Seite 7, Zeile 1 das Wort „**Frauenüberschuss**“ zu streichen und durch die Worte „**überproportionaler Anteil an Frauen**“ zu ersetzen.

Es werden keine weiteren Einwendungen vorgetragen. Herr Hoeck bittet um die Abstimmung des Protokolls, mit der besagten Änderung.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen**

#### TOP 4

##### **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Hoeck fragt an, ob es Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung gibt.

Frau Schostan beantragt einen nicht öffentlichen Teil der 20. Sitzung des ABJS.

Dem Antrag von Frau Schostan wird **einstimmig zugestimmt**.

Da keine weiteren Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung vorgetragen werden, bittet Herr Hoeck um die Abstimmung der Tagesordnung, die **einstimmig befürwortet** wird.

#### TOP 5

##### **Informationen des Vorsitzenden**

Herr Hoeck merkt an, es dürfte den Ausschussmitgliedern aufgefallen sein, dass der Ausschuss heute nicht, wie geplant, in einer Kita tagt. Dazu wird die Verwaltung später noch eine Erklärung abgeben.

Frau Lewerenz, sachkundige Einwohnerin, erscheint.

Herr Hoeck informiert über ein Schreiben (**siehe Anlage 2**) von der Schulleiterin der Grundschule (GS) „Bruno H. Bürgel“. Es geht dort um das Projekt „Gesundes Schulfrühstück“ an ihrer Schule, welches per 18.03.2011 beendet werden muss, da die betreuende Bildungseinrichtung Buckow e. V. keine Förderung mehr erhält. Die Schulleiterin der GS „Bruno H. Bürgel“ fragt nun an, da es auch eine frühstücksfördernde Maßnahmen an der GS „Schwärzeesee“ durch die Stadt Eberswalde gibt, ob dieses Modell auch an ihrer Schule möglich sein könnte.

Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass er den Landkreis Barnim (LK BAR) angeschrieben hatte mit der Bitte, etwas zum Stand des Kita-Bedarfsplanes zu sagen. Hintergrund war der Verein DREIST e. V., der hier im Ausschuss den Bau einer neuen Kita vorgestellt hatte und in die Kita-Bedarfsplanung des LK BAR mit aufgenommen werden wollte. Die Vereinsvorsitzende hat sich dahingehend geäußert, dass die Kita erst einmal nicht gebaut wird, weil sie ohne im Kita-Bedarfsplan zu sein nicht die entsprechenden Fördermittel bekomme. Dieser Punkt steht nicht auf der Tagesordnung, da zwischen der Ladungsfrist und heute die Entscheidung kam, dass Frau Stabenow vom LK BAR hier sein kann. Herr Hoeck schlägt deshalb vor, Frau Stabenow unter diesem TOP zum Stand der Kita-Bedarfsplanung sprechen zu lassen, ansonsten müsste extra über einen Diskussionspunkt abgestimmt werden.

Es gibt von Seiten der Ausschussmitglieder keine Einwände. Herr Hoeck beantragt das Rederecht für Frau Stabenow, welches **einstimmig befürwortet** wird.

Frau Stabenow ist seit 01.01.2011 im Jugendamt mit der Leitung des Sachgebietes Kita/Jugendförderung betraut und somit auch für die Kita-Bedarfsplanung zuständig. Es gibt derzeit eine, durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses bestätigt, weiter bestehende Kita-Bedarfsplanung. Die bereits erarbeitete und mit den Kommunen abgestimmte weiterführende Planung erwies sich nicht als schlüssig. Das heißt, es kann in der Kita-Bedarfsplanung eher nicht von festen Zahlen ausgegangen werden, wie man es eigentlich bei der Schulentwicklungsplanung tun kann, da die Kinder bereits geboren sind und eine Schulpflicht besteht. Normalerweise ist eine Kita-Bedarfsplanung immer wieder fortzuschreiben und den geänderten Bedingungen anzupassen. Des Weiteren teilt Frau Stabenow mit, dass man mehr Qualität in die Einrichtungen bringen will. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Erarbeitung von Qualitätskriterien hin, wonach die einzelnen Einrichtungen später bewertet werden sollen. Dies ist ein langjähriger Prozess. Derzeit werden die Kita-Leiterinnen geschult und fachliche Entwicklungswerkstätten durchgeführt. Besonders wichtig ist es zudem, dass die Kita-Bedarfsplanung mit der Schulentwicklungsplanung abgestimmt wird. Da die Schulentwicklungsplanung immer für fünf Jahre fortgeschrieben wird, jetzt bis 2017, ist die Kita-Bedarfsplanung dem anzugleichen. Derzeit laufen die Ermittlungen für die einheitlichen statistischen Zahlen, die die Grundlage bilden. Außerdem tritt ab dem Jahr 2013 der gesetzliche Kita-Anspruch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Kraft. Bei der Kita-Bedarfsplanung kann nicht in der Form vorausgesagt werden, wie bei der Schulentwicklungsplanung, wo für jedes Kind eine Schulpflicht besteht und es kann auch nicht gesagt werden, in welcher Größenordnung Kita-Plätze von den Eltern beansprucht werden. Es wird diesbezüglich erneute Gespräche mit den Trägern geben, nachdem alle notwendigen Daten ermittelt wurden, kann voraussichtlich bis Juni das Planwerk überarbeitet werden und in die politischen Gremien zur Diskussion gehen, so dass dann der Beschluss durch den Kreistag gefasst werden kann. Die Schulentwicklungsplanung und die Kita-Bedarfsplanung sollen ab dem Schuljahr 2012/2013 gelten.

Frau Schostan möchte wissen, warum die Prognosen bis 2010 nicht eingehalten wurden.

Frau Stabenow sagt, dass es an unterschiedlichen Gründen lag. Zum Beispiel hat sie bei der Prognose, die damals bis 2010 getroffen wurde, festgestellt, dass aus bestimmten Sozialräumen ca. 200 – 300 Kinder weniger in die Einrichtungen gekommen sind, als sie ursprünglich geplant waren, in anderen reichten die Plätze nicht aus. Außerdem kam hinzu, dass sich das Verhältnis zu den Altersgruppen verschoben hatte, Es gab kaum eine Einrichtung, die den Prognosen des Landkreises entsprach.

Herr Sachse möchte den konkreten Fakt aufnehmen, den Frau Stabenow vorhin ankündigte. Die Kita wird ja nun nicht über den Verein DREIST e. V. gebaut, weil sie nicht im Kita-Bedarfsplan steht. Da der Bedarfsplan erst 2012 Wirkungen entwickelt, fragt er sich, wie festgestellt werden kann, ob diese Kita derzeit überhaupt einen vorhandenen Bedarf abdecken kann und ob es evtl. Zwischenlösungen gibt.

Frau Stabenow verweist auf die derzeit geltende Jugendhilfeplanung. Es besteht aber auch zwischenzeitlich die Möglichkeit, durch den Beschluss des Jugendhilfeausschusses, Kitas zusätzlich in den Bedarfsplan aufzunehmen. Dazu muss im Vorfeld Benehmen mit der Kommune hergestellt werden. Über die Aufnahme der o. g. Kita wurde mit der Stadt Eberswalde gesprochen. Die Stadt Eberswalde hat es nicht als so dringend angesehen, dass diese Kita gebaut und in den Bedarfsplan aufgenommen werden muss.

Herr Hoeck hat es so verstanden, dass eine Kita erst einmal zwei Jahre bestehen muss, bevor sie die Chance hat in die Kita-Bedarfsplanung aufgenommen zu werden.

Frau Stabenow erklärt, dass es die Fälle gibt, wo sich Vereine und Elternvereinigungen gegründet haben und mit den Kommunen in Verhandlungen getreten sind, um vielleicht eine Vorschubfinanzierung oder Kredite aufnehmen zu können, um die Kita zu eröffnen. Um in den Kita-Bedarfsplan aufgenommen zu werden, müssen die Kitas ca. eineinhalb Jahre bis zwei Jahre am Markt bestehen und eine Wirtschaftlichkeit nachweisen. Natürlich muss auch das Votum der Kommune vorliegen, da sie die Kita letztendlich mit finanziert.

Frau Röder würde gern zum Fall DREIST e. V. das Votum der Verwaltung hören.

Frau Ladewig erinnert an die Sitzung, wo hier im Ausschuss die Problematik thematisiert wurde. Dort hatten alle gemeinsam, auch getragen durch den Ausschuss, Bedenken an dem vorgestellten Konzept. Der freie Träger wurde durch die Stadt aufgefordert, sein Finanzierungskonzept einzureichen, damit die Stadt sehen kann, welche finanziellen Mittel dem Verein zur Verfügung stehen. Des Weiteren hat sich die Stadtverordnetenversammlung (Stvv.) für den Bau einer Kita im Objekt der Puschkinstraße (BBZ) entschieden. Eine Finanzierung von zwei Kindertagesstätten ist durch die Stadt nicht möglich. Abschließend weist Frau Ladewig darauf hin, dass jeder freie Träger, der sich in Richtung einer Kita bewegt, egal ob er im Bedarfsplan ist oder nicht, Anspruch auf die 84 % der Personalkosten hat.

Herr Hoeck bedankt sich bei Frau Stabenow für die Ausführungen. Falls weiterer Informationsbedarf bestehen sollte, kann die Thematik gern noch einmal später behandelt werden.

## **TOP 6**

### **Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

## **TOP 7**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

Frau Ladewig gibt folgende Informationen:

1. Von Herrn Hoeck wurde die Barrierefreiheit angesprochen. Am 09.03. wurde hier im Ausschuss beschlossen, dass dieser Ausschuss wieder in Schulen und Kitas seine Sitzungen durchführen kann. Diese Problematik wurde auch am 15.03. im Ausschuss für Kultur, So-

ziales und Integration thematisiert. Dort hat sich der Ausschuss eindeutig dagegen ausgesprochen, weil mit dem Beschluss des ABJS das Konzept „Barrierefreies Eberswalde“ ausgehebelt wird. Dem Ausschuss ist ans Herz gelegt worden, auch durch die Verwaltungsspitze, das Konzept zu respektieren und den Grundsatz der Öffentlichkeit zu wahren, so dass jede/r Bürger/-in die Möglichkeit hat, den Ausschuss zu besuchen. Sollte ein Besuch in einer Kita oder Schule gewünscht sein, ist das Fachamt gerne bereit, einen Termin zu organisieren.

2. Vor Sitzungsbeginn wurde die Tabelle des Maßnahmen- und Durchführungskonzeptes EFRE NSE mit Stand vom 29.03.2011 verteilt. Diesen Ausschuss betreffen zwei Punkte: die Spielleitplanung und das Bürgerbildungszentrum (BBZ). In den entsprechenden Gremien wurde bereits mitgeteilt, dass die Fördersumme insgesamt reduziert werden musste. Somit wurden die Minigolfanlage im Westendpark (Punkt 4-2-2) und der Spielplatz (Punkt 4-2-3) als Projekte erst einmal zurückgestellt. Im Gegenzug dafür ist der Schützenplatz von 200 T€ auf 300 T€ aufgestockt worden. Beim BBZ erfolgte keine Korrektur, das heißt, die Gelder stehen nach wie vor zu Verfügung.
3. Frau Ladewig trägt die Anzahl und die Zügigkeit der Schulanfänger/-innen für das Schuljahr 2011/2012 in der Stadt Eberswalde mit Stand vom 04.05.11 vor. Die Aufteilung erfolgte in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt Eberswalde.
4. Herr Hoeck berichtete vorhin von einem Brief, den er von Frau Eilitz zur Problematik „Gesundes Frühstück“ erhalten hat (**siehe Anlage 2**). Es geht dort um die Leistungen aus dem Regionalbudget, die jetzt eingestellt worden sind. Frau Ladewig erinnert an den Stvv.-Beschluss „Kostenloses Frühstück an der GS „Schwäzese““. Dieser wurde aus einem ganz anderen Hintergrund gefasst. Es ging darum, Kindern ohne Frühstück, welche aus weniger bemittelten Familien kommen, ein gesundes Frühstück kostenlos anzubieten. Herr Hoeck wurde bereits darüber informiert, dass in diesem Projekt „Gesundes Frühstück“ leider das Regionalbudget ausgelaufen ist. Herr Holzhauer vom Projektstab Beschäftigungsförderung würde den Kindern, die es wahrnehmen möchten, ein gesundes Frühstück anbieten, welches durch die Eltern bezahlt werden müsste.
5. In der letzten Stvv. wurde angesprochen, dass in den Kitas die strategischen Ausrichtungen fehlen. Im März Ausschuss wurde bereits darüber berichtet, dass alle Kitas eine fertige Konzeption haben und der LK BAR die Konzeptionen begutachtet hat. Derzeit wird durch jede einzelne Kita ein Kita-Profil erarbeitet, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. In jeder Ausschusssitzung, beginnend ab Oktober, möchte die Verwaltung jeweils ein Kita-Profil vorstellen.
6. Vor Sitzungsbeginn wurden zwei Stellungnahmen zum Orientierungsrahmen Aufsichtspflicht ausgegeben, die des Landesjugendamtes sowie die der Unfallkasse Brandenburg. In der letzten Kita-Leiterinnenberatung wurden beiden Stellungnahmen diskutiert und die Leiterinnen haben sich dafür ausgesprochen, dass sie am Orientierungsrahmen Aufsichtspflicht festhalten wollen. Der Orientierungsrahmen wird noch um die Punkte: „Fahrradfahren“ und „Rollerfahren“ erweitert.

Frau Schostan ist der Auffassung, obwohl bereits mehrfach in beiden Ausschüssen über die Barrierefreiheit gesprochen wurde, dass die Ausschüsse auch in Kitas, Schulen, Sportstätten etc. tagen sollten. Zum einen könnte dadurch die Arbeit in den Ausschüssen erleichtert werden, in dem man sich selbst einen gewissen Überblick über die Einrichtungen verschafft. Frau Schostan regt an, da nach heutigem Stand viele Einrichtungen nicht barrierefrei und heute auch nicht die Gelder zur Umsetzung vorhanden sind, eine Übergangslösung zu finden.

Des Weiteren hat Frau Schostan eine Frage zu den Grundschulen. Es wurde nur eine Aussage über die Zügigkeiten gegeben, nicht aber über die Klassenstärken. Sind die Klassenstärken eher zu hoch oder eher zu niedrig?

Frau Ladewig benennt für jede Grundschule die entsprechende Klassenstärke **(siehe Anlage 3)**.

Herr Schumacher möchte wissen, wie viele Klassen an der Bürgerschule sind, die in diesem Schuljahr abgehen. Wenn er richtig verstanden hat, kommen ja 4 + 2 Züge dazu. Er fragt sich, ob die Kapazität dann ausreicht.

Frau Ladewig teilt mit, dass die Kapazität ausreicht. Im letzten Jahr wurden drei Züge aufgenommen, der Hort verzichtete bereits schon im vergangenen Jahr zugunsten der Grundschule auf einen Raum, so dass aber die Hortkapazität trotzdem gehalten werden konnte.

Herr Schumacher hätte gern von den Grundschulen eine Übersicht über die Anzahl und die Zügigkeit der Schulanfänger/-innen für das Schuljahr 2011/2012 in schriftlicher Form.

Die Verwaltung wird mit dem Protokoll eine Übersicht beilegen **(siehe Anlage 3)**.

In Bezug auf die Barrierefreiheit unterstützt Herr Wrase die Aussage von Frau Schostan.

Frau Röder möchte zur Barrierefreiheit etwas sagen, weil diese Problematik auch in ihrem Ausschuss thematisiert wurde. Frau Röder berichtet von einer sachkundigen Einwohnerin, die im Rollstuhl sitzt und ihrem Ausschuss angehört. Diese behinderte Person wurde gefragt, wie sie es sehen würde. Anschließend stellt Frau Röder dar, warum diese Person oder andere behinderte Menschen dies für eine Diskriminierung halten. Frau Röder hält die Bedenken von denjenigen für berechtigt die sagen, dass sie sich dadurch diskriminiert fühlen und sie ist der Auffassung, da der Beschluss „Barrierefreies Eberswalde“ existiert, sollten wir uns auch an ihn halten.

## **TOP 8**

### **Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

## TOP 9

### **Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

Herr Wrase erinnert an die letzte Stvv. Dort hatte er bereits angesprochen, dass im Februar ein neues Mitglied für das Kinder- und Jugendparlament (KJP) nachgewählt wurde. Dieses Mitglied hat bis heute ein Begrüßungsschreiben erhalten. Leider haben bisher keine Treffen stattgefunden. Er bittet die Verwaltung, diesen Missstand zu prüfen.

Frau Ladewig teilt mit, dass sie diesen Missstand nachvollziehen kann, da es der Verwaltung ähnlich erging. Der Vorsitzende des KJP fiel für lange Zeit krankheitsbedingt aus, so dass die Verwaltung erst vor kurzem wieder Kontakt zu ihm hatte. Der Vorsitzende des KJP hat sich bei der Verwaltung für die Umstände entschuldigt und gesagt, dass er die Arbeit umgehend aufnehmen wird.

Herr Siekmann erinnert an das Parkplatzproblem vor der Kita „Arche Noah“. Im letzten Jahr wurden dort vor der Kita durch die WHG Parkplätze geschlossen. Herr Landmann versprach damals sich darum zu kümmern, damit die WHG wieder vor der Kita zwei bis drei Parkplätze zur Verfügung stellt. Da sich bis heute an der Situation nichts geändert hat, möchte er wissen, ob die Verwaltung heute darüber Auskunft geben kann oder ob es einen Lösungsweg gibt.

Frau Ladewig kann dazu keine Information geben, da ihr dieser Fakt nicht bekannt ist. Die Verwaltung wird aber in der nächsten Sitzung darüber Auskunft geben.

Herr Hartmann möchte von der Verwaltung wissen, wie der momentane Stand im Kita-Personalbereich ist.

Frau Ladewig erklärt, dass im vergangenen Jahr eine große Ausschreibung mit vielen Bewerbungen gelaufen ist. Somit konnten zum Stichtag 01.09.2010 viele Erzieherinnen eingestellt werden. In diesem Jahr lagen wieder über 50 Bewerbungen vor, davon wurden um die 30 Bewerber/-innen zum Bewerbungsgespräch eingeladen. Nach den Bewerbungsgesprächen konnten 12 junge Erzieher/-innen über Vorverträge gebunden werden.

Frau Schostan erinnert an eine Aussage von Herrn Landmann in der Stvv. wo er gesagt hat, dass die offenen Plätze für Kitas etwas rückläufig sind. Sie fragt, ob es darüber neues Zahlenmaterial gibt.

Frau Ladewig sagt, die Verwaltung wird in der nächsten Ausschusssitzung darüber berichten, da derzeit die aktuellen Zahlen zum Stichtag 01.06.2011 errechnet werden.



## TOP 10

### **Sachstandsbericht zum BBZ**

Herr Bessel ist Sachgebietsleiter des Liegenschaftsamtes und Projektverantwortlicher für den Bau des Bürgerbildungszentrums (BBZ). Am 14.12.10 wurde der Stand der Entwurfsplanung vorgestellt, wobei es zwischenzeitlich schon einige Überarbeitungen gab. Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt Herr Bessel den aktuellen Stand zum BBZ vor (**siehe Anlage 4**). Anschließend beantwortet Herr Bessel Anfragen von Ausschussmitgliedern.

## TOP 11

### **Antrag des SV Motor Eberswalde e. V. auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Haushalt der Stadt zur kommunalen Förderung des Sports**

Der Ausschuss Bildung, Jugend und Sport beschließt **einstimmig** den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Haushalt der Stadt Eberswalde zur kommunalen Förderung des Sports für die „Mitgliederförderung“ in Höhe von 2.647,50 EUR zu fördern.

## TOP 12

### **Diskussion zum Entwurf "Sportstättenbestandsanalyse"**

Frau Ladewig nimmt Bezug auf den vorliegenden Entwurf der Sportstättenbestandsanalyse. Der Entwurf soll zeigen, welchen Bestand wir in der Stadt Eberswalde an Sportflächen haben. Die Verwaltung hat am Ende eines jeden Kapitels eine kleine Empfehlung entwickelt. Sie soll zeigen, wie es in der Zukunft aussehen könnte. Der Wunsch des Fachamtes ist es, im nächsten Jahr eine Sportentwicklungskonzeption extern zu beauftragen. Es soll damit untersucht werden, in welche Richtung wir gemeinsam mit unseren Sportstätten und mit den Vereinen gehen wollen. Die Verwaltung würde bis zur nächsten Sitzung die Beschlussvorlage vorbereiten, die dann in den Hauptausschuss oder aber bis zur Stvv. gehen kann. Die Beschlussvorlage zur Sportstättenbestandsanalyse könnte dann hier im Ausschuss zur Kenntnis genommen werden mit der Empfehlung, eine Sportentwicklungskonzeption zu beauftragen.

Herr Wrase hat eine Frage zum Sportplatz „Am Wasserturm“ (Seite 17). Es steht dort: „Der Rettungsweg muss optimaler gestaltet werden.“ Aus seiner Sicht kann der Rettungsweg nicht optimaler gestaltet werden.

Frau Ladewig erklärt, dass sich hier der Rettungsweg auf das Gebäude bezieht und nicht auf die Straßenführung. Die Verwaltung schlägt als neue Formulierung vor: „Der Rettungsweg **des Sozialgebäudes** muss optimaler gestaltet werden.“

Herr Sachse möchte zur Barrierefreiheit etwas sagen. Als Beispiel bezieht er sich auf den Hauptplatz „Am Wasserturm“. Muss man dort z. B. Rasen mit einer Neigung überwinden, dann ist dieser schon nicht mehr barrierefrei. Er selbst hat es auf dem Sportplatz schon wahr genommen. Um z. B. die Leute barrierefrei zu den Zuschauerbänken zu bringen, müsste ein gerader Weg mit einer Höchststeigung angelegt werden und es müssten Stellplätze für Roll-

stuhlfahrer, die sich über diesen Weg erschließen lassen, angelegt werden. Wahrscheinlich könnten die großen Sportplätze auch nur im Rahmen einer Gesamtbetrachtung verstärkt barrierefrei gemacht werden. Er denkt nicht, dass es möglich ist, auf den Plätzen jeden Winkel barrierefrei zu bekommen, aber es sollte zumindest eine gewisse Größenordnung da sein, damit unsere Konzeptionen gestützt sind.

Herr Hartmann ist bei den sonstigen Sportstätten aufgefallen, dass die Sportstätten der Karl-Sellheim-Schule nicht erwähnt wurden, die der anderen aber schon. Da es hier um die Öffentlichkeit geht, ist es wichtig zu wissen, dass dort zwei Sporthallen zur Verfügung stehen, die auch von Eberswalder Sportvereinen genutzt werden können.

Frau Ladewig gibt Herrn Hartmann recht und erklärt, dass nur das verwendet werden konnte, was der LK BAR und andere Träger von Sporteinrichtungen der Verwaltung zugearbeitet haben.

Herr Hartmann fragt an, ob der LK BAR nicht professionell zugearbeitet hat, weil einige andere Sportanlagen des LK BAR im vorliegenden Entwurf aufgenommen wurden.

Herr Pförtner verweist auf den Stand von 2009. Der Bau war zum damaligen Zeitpunkt nicht fertiggestellt und der Landkreis wollte noch keinen Sachstand mitteilen. Das Fachamt musste einen Stichtag (2009) setzen und somit konnten die benötigten Angaben nicht eingepflegt werden.

Herr Hartmann regt an, es sollte im Bereich Westend bzw. für das Gymnasium Finow mit aufgenommen werden, dass sich die Sportanlagen noch im Bau bzw. im Fortbestand befinden.

Frau Ladewig erklärt, dass in der Planung einer Sportentwicklungskonzeption der Bestand der Sportstätten noch einmal überarbeitet wird.

Herr Hartmann hat eine weitere Anfrage zu den Einnahmen aus Gebühren für das Fritz-Lesch-Stadion. Er hätte gern eine Erklärung über die Summe in Höhe von 24 T€

Frau Ladewig sagt, es findet dort hauptsächlich von kreisgeleiteten Schulen und von Schulen in freier Trägerschaft, die vertraglich einen gewissen Betrag an die Stadt bezahlen müssen, Schulsport statt.

Herr Hartmann fiel auf, dass in einigen anderen Sportstätten die Zahlen relativ hoch sind. Zum Beispiel bei der Waldsportanlage auf der Seite 59. Es steht dort unter den Einnahmen aus Gebühren eine Summe in Höhe von 13 T€

Die Verwaltung kann momentan keine Auskunft geben, sie wird die Sache aber prüfen und in der nächsten Ausschusssitzung dazu Stellung nehmen.

Herrn Wrase ist auf der Seite 59 in der oberen Tabelle (Einnahmen aus Gebühren 2009/Fremdnutzer) ein Rechenfehler aufgefallen, er bittet um Prüfung.

## **TOP 13**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 13.1**

**Vorlage:** BV/546/2011

**Einreicher/Zuständige Dienststelle:**

23 - Liegenschaftsamt

40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport

### **Genehmigung eines Mietvertrages über eine Sportstätte (Sportplatz Finowtal)**

Herr Hoeck beantragt das Rederecht für Herrn Toron. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Frau Ladewig gibt eine kurze Sachverhaltsdarstellung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Toron kann diese Lösung grundsätzlich begrüßen, da er selbst schon vor Jahren eine Sportstätte von der Stadt übernommen hatte. Der Sportplatz Finowtal wurde bereits durch den Verein seit vier Jahren zu 100 % finanziell bewirtschaftet.

Herr Sachse möchte zum § 2 Abs. 1 des Mietvertrages wissen, ob er davon ausgehen kann, dass es ein Protokoll vom Übernahmestand gibt.

Frau Ladewig geht davon aus, dass es durch das Liegenschaftsamt ein Protokoll vom Übernahmestand geben wird.

Herr Sachse hält den § 5 Abs. 2 des Mietvertrages für überflüssig, weil es eine Angelegenheit des Vereins ist.

Herr Toron teilt mit, dass der Verein von Herrn Bessel zwar einen Mietvertrag bekommen habe, dieser aber sehr am „normalen“ Mietrecht angelehnt war. Da für einen gemeinnützigen Verein andere Gegebenheiten von Bedeutung sind, musste der Vertrag so umgeschrieben werden, damit bei beiden Vertragspartnern Einigkeit besteht.

Frau Ladewig nimmt die beiden Anregungen von Herrn Sachse mit auf.

Frau Röder möchte zum Mietvertrag wissen, ob auf die Stadt noch Kosten dazu kommen, weil dieser rückwirkend geschlossen wird.

Frau Ladewig verneint die Anfrage.

Herr Hartmann fragt an, ob es schon vorher einen Vertrag gab und ob dieser so schlecht war, dass ein neuer her musste.

Frau Ladewig verneint die Anfrage und verweist auf den Gestattungs- und Nutzungsvertrag, Dieser Vertrag war ein Kopplungsvertrag, da der Verein diesen Sportplatz in Eigentum übernehmen sollte. Der Vertrag wurde dann aber durch den Verein gekündigt und seit dem haben sich die Vertragsverhandlungen hingezogen.

Herr Hartmann versteht die Zahlen nicht, speziell was bedeutet das finanziell für wen (Planansatz, aktueller Ertrag)

Frau Ladewig erklärt, dass die bezuschusste Miete i. H. v. 6.966,72 € siehe § 4 des Vertrages durch das Fachamt Bildung, Jugend und Sport als Ausgabe und Einnahme buchungstechnisch im Budget dargestellt werden.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung**

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss genehmigt den beiliegenden Mietvertrag zwischen der Stadt Eberwalde und dem Sportverein Medizin Eberswalde e. V. über die mietvertragliche Nutzung des Sportplatzes Finowtal an der Spechthausener Straße in 16227 Eberswalde zur Durchführung des organisierten Sporttreibens mit einer bezuschussten Jahresmiete.

Die Miete wird in voller Höhe kalkuliert und dementsprechend werden die Erträge und Aufwendungen per Zuschussregelung in den Haushalt aufgenommen.

gez. Martin Hoeck  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport

gez. Berg  
Schriftführerin

